28. April 2017 ■ 65. Ausgabe

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie finden an dieser Stelle normalerweise einen Blick zurück, auf ein Ereignis der vergangenen Sitzungswoche. Das soll diesmal anders sein. Ich will ihren Blick auf die nächste Woche lenken und zwar auf den 1. Mai. Den Tag der Arbeit oder: der Tag an dem Arbeitnehmerinteressen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Dem will ich mich gerne anschließen.

Wir wollen Perspektiven für die Menschen schaffen, damit sie ihre Zukunft planen können – von der ersten eigenen Wohnung, übers Kinderkriegen bis zur Rente. Das geht nur mit guter Arbeit: unbefristet, mit Tarif und sozial abgesichert – das wollen wir wieder zum Normalfall machen. Dafür lohnt es sich gemeinsam zu kämpfen! Seite an Seite mit unseren wichtigsten Partnern: den Gewerkschaften.

- *Abschaffung der sachgrundlosen Befristung: Wenn der Arbeitgeber keinen guten Grund hat, darf er keine befristeten Arbeitsverträge vergeben. Planbarkeit, Verlässlichkeit, Sicherheit. Darum geht es uns!*
- *Gebührenfreie Bildung – von der Kita, über die Werkbank bis zur Uni: Jeder verdient die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt – unabhängig vom Geldbeutel.*
- *Ein Recht auf Qualifizierung: Wenn es mal nicht rund läuft, lassen wir niemanden hängen. Wer seinen Job verliert, kann sich weiterbilden lassen. Auch Ältere können so wieder Fuß fassen. Starke Tarifbindung und mehr Demokratie im Betrieb: Wo Tarifverträge gelten, sind die Bedingungen besser und die Löhne höher. Wir wollen alle stärker schützen, die sich in ihrem Betrieb engagieren. Es geht um Mitbestimmung auf Augenhöhe.*

Kommt mit zur 1. Mai Kundgebung in eurer Nähe! Ich selbst werde bei vielen Veranstaltungen dabei sein und auf der Veranstaltung der AWO in Werde die Rede halten. Mit den Gewerkschaften gehen wir unter dem Motto

„Wir sind viele – Wir sind eins"

auf die Straße.

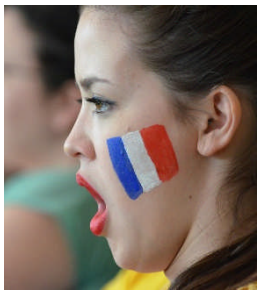
Mit Martin Schulz in Hamm-Heessen

Zusammen mit Martin Schulz war ich am Donnerstag in Hamm-Heessen im Landtagswahlkampf aktiv, um unseren Landtagsabgeordneten Marc Herter zu unterstützen. Wir haben zusammen eine Reihe Hausbesuche absolviert und später auf einer Freiluftveranstaltung viele Menschen getroffen, die die Gelegenheit genutzt haben, unserem Kanzlerkandidaten Fragen zu stellen und mit ihm ins Gespräch zu kommen.

Die Wahl in Frankreich stimmt optimistisch

Ein Sieg Emmanuel Macrons im zweiten entscheidenden Wahlgang wäre eine gute Nachricht für Europa. Denn der von der Rechtspopulistin Marine Le Pen propagierte nationale Egoismus ist eine fundamentale Bedrohung für Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent.

Die erste Runde der Präsidentschaftswahlen in Frankreich stimmt vorsichtig optimistisch, dass die Gegner des vereinten Europas im Mai eine Niederlage erleiden werden. Wir stellen uns daher weiter mit aller Kraft einer Spaltung Europas entgegen.



Mit großer Spannung ist die Wahl in Frankreich verfolgt worden.

Damit dies gelingt, müssen die EU-Mitgliedsstaaten gemeinsam dringende Herausforderungen wie die Jugendarbeitslosigkeit oder den Kampf gegen den Terror erfolgreich anpacken. Und gleichzeitig einen Weg zur Fortentwicklung der EU finden. Dies gilt insbesondere auch für die Verhandlungen zum Austritt Großbritanniens. Nur wenn die verbleibenden 27 Mitgliedstaaten auch hier geschlossen agieren, bleiben die Interessen der Europäerinnen und Europäer gewahrt.

Rentner bekommen mehr Geld

Das ist eine gute Nachricht. Die rund 21 Millionen Rentner in Deutschland können sich auf mehr Geld einstellen: Diese bereits vor Wochen angekündigte Rentenanpassung orientiert sich wie üblich an der aktuellen Lohnentwicklung. Das Kabinett hat am Mittwoch beschlossen, dass die Renten in Westdeutschland zum 1. Juli um 1,9 Prozent steigen, im Osten des Landes um 3,59 Prozent

Voraussichtlich im Juni muss der Bundesrat dem Kabinettsbeschluss noch zustimmen, was jedoch als reine Formalie gilt.

Am 1. Juli erfolgt eine Rentenerhöhung.

Polizei und Rettungskräfte beim Einsatz schützen

Die Polizei in Lünen hat mir im vergangenen Jahr Gelegenheit gegeben, mit auf Streife zu fahren und so konnte ich den Arbeitsalltag unserer Beamten kennen lernen.

Im vergangenen Jahr war ich mit auf Streife und konnte so den Arbeitsalltag der Polizei miterleben.

Gewalttätige Übergriffe auf Polizei und Einsatzkräfte sind in jüngster Vergangenheit deutlich angestiegen. Das ist erschreckend. Solche Angriffe sind Angriffe auf uns alle und auf unseren Rechtsstaat. Mit dem geplanten Gesetz wollen wir Vollzugsbeamte und Rettungskräfte beim Einsatz besser schützen. Wir finden: Auch wer täglich Streife geht oder in der Amtsstube seinen Dienst verrichtet, hat mehr Respekt verdient. Deshalb soll ein neuer, eigenständiger Tatbestand im Strafrecht eingeführt werden, der Polizisten, Rettungskräfte und Feuerwehrleute betrifft und der mit einem verschärftem Strafrahmen (Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren) ausgestaltet wird. Tätliche Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte werden in Zukunft also härter sanktioniert. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich

zudem weiter für mehr Personal und eine bessere Ausstattung von Sicherheitskräften (z.B. Bodycams) einsetzen. Prävention und Sanktion, beides ist notwendig, um Angriffe gegen Polizei und Rettungskräfte wirksamer zu unterbinden.

SPD schafft mehr Plätze und bessere Qualität bei der Kinderbetreuung

Ein gutes Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschulalter ist ein wichtiger Grundstein für gleiche Start- und Bildungschancen. Es ermöglicht gleichzeitig den Eltern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich daher in den vergangenen Jahren mit Erfolg dafür eingesetzt, dass der Bund die Länder finanziell unterstützt, die benötigte Betreuungsinfrastruktur bereitzustellen: In dieser Legislaturperiode fördert der Bund den Ausbau der Kindertagesbetreuung mit 550 Millionen Euro. Zudem erhalten die Länder die durch den Wegfall des Betreuungsgeldes frei werdenden rund zwei

Der Bund fördert die Kindergartenbetreuung mit 550 Millionen.

Milliarden Euro bis 2018 für diesen Zweck. In dieser Woche bringt der Bundestag nun auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion und Familienministerin Manuela Schwesig ein Gesetz auf den Weg, mit dem der Bund bis 2020 nochmals gut 1,1 Milliarden Euro in den Ausbau von Kinderbetreuung investiert. Gemeinsam mit den Ländern und Kommunen schaffen wir damit 100.000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter sechs Jahren. Mit diesen Mitteln wird erstmalig auch die Betreuung von Kindern über drei Jahren bis zum Schuleintritt gefördert. Wir verbessern zudem gezielt die Qualität der Angebote, z. B. durch bessere Gesundheitsversorgung und Bewegungsförderung.

Einwanderung qualifizierter Fachkräfte bedarfsgerecht steuern

Im Dialog mit Gewerkschaften, Wirtschaft und der Wissenschaft haben wir einen ersten Gesetzentwurf erarbeitet, um die Einwanderung besser nach dem Bedarf unseres Arbeitsmarktes zu steuern. Unseren konkreten Vorschlag für ein Punktesystem, das Qualifikation, Sprachkenntnisse, Alter, Arbeitsplatzangebot und andere Integrationsaspekte berücksichtigt, haben wir in dieser Woche auf unserer Fachtagung zur Diskussion gestellt. Unser Koalitionspartner erkennt zurzeit noch nicht die Notwendigkeit, Arbeitseinwanderung zu steuern und mit uns zusammen ein Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen.

Als wirtschaftlich erfolgreiches Land braucht Deutschland eine klare Linie, wer als Arbeitskraft in unser Land einwandern kann und wer nicht. Unseren Wohlstand und unsere soziale Absicherung im Alter erhalten wir nicht durch Abschottung, sondern in dem wir Arbeitsmigration in kontrollierter Form und nach durchdachten Regeln steuern.

Niedrige Geburtenraten und eine alternde Bevölkerung stellen die Rente vor massive Probleme: Immer weniger junge Arbeitnehmer müssen die soziale Absicherung von immer mehr Älteren finanzieren. Und schon heute leidet unsere Wirtschaft unter einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften.

Es bleibt unser vorrangiges Ziel, die schon in Deutschland lebenden Arbeitskräfte besser zu qualifizieren. Aber Deutschland wird trotz dieser Bemühungen auf die Einwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten angewiesen sein. Das aktuelle deutsche Einwanderungsrecht wirkt mit über 50 Aufenthaltstiteln und intransparenten Entscheidungsverfahren allerdings eher abschreckend.

Prävention gegen Extremismus wird nachhaltig gestärkt

Die Mittel für das Programm „Demokratie leben!" sind auf Betreiben der SPD-Bundestagsfraktion auf über 100 Mio. Euro mehr als verdreifacht worden. Die Eckwerte zum Bundeshaushalt 2018 sehen weitere 100 Mio. Euro für ein Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus vor. Wir wollen diese Programme zur Vorbeugung von Gewalt weiter verstetigen und jede Form von Extremismus adressieren – ob islamistisch, von rechts oder von links. In unserem Positionspapier „Öffentliche Sicherheit und Prävention" schlagen wir dazu konkrete Maßnahmen vor, um die politische Bildung, die Präventionsarbeit vor Ort in den Kommunen sowie im Netz gezielt zu stärken. Darüber hinaus setzen wir uns für ein Demokratiefördergesetz ein, um bundesweit verlässliche Rahmenbedingungen für die Präventionsarbeit zu schaffen. Dieses scheitert zurzeit am Widerstand unseres Koalitionspartners.

Radschnellwege fördern - Bundesverkehrswegeplan umsetzen

Einmal mehr unterstützen wir die Kommunen bzw. die Länder finanziell. Mit einem Gesetz haben wir die Rahmenbedingungen geschaffen, dass sich der Bund am Bau von Radschnellwegen beteiligt, die von Ländern, Gemeinden oder Gemeindeverbänden gebaut werden. Damit kann der Bund die Etablierung von Radschnellwegen unterstützen, wie es im Bundesverkehrswegeplan 2030 vorgesehen ist. Zusätzlich wird nun die Liste der Bundesfernstraßenvorhaben angepasst, für die das Bundesverwaltungsgericht die erste und einzige Gerichtsinstanz darstellt. Damit können Bauvorhaben mit besonderem, bundesweitem Interesse zügiger geplant werden.

Neue Testprozedur für Abgaswerte bei PKW einführen

Auf EU-Ebene wird derzeit die Einführung einer neuen weltweit harmonisierten Testprozedur (WLTP) für die Ermittlung von Abgasemissionen für leichte Kraftfahrzeuge vorbereitet, die realitätsnähere Ergebnisse liefern und das alte Verfahren (NEFZ) ablösen soll. Voraussichtlich Ende Mai 2017 werden die erforderlichen Rechtsakte verabschiedet. Mit dem neuen Verfahren werden auch weiterhin die Emissionen von Kohlendioxid ermittelt, auf denen u.a. die Besteuerung von Kraftfahrzeugen aufbaut. Um bei der Besteuerung Rechtssicherheit zu schaffen, verabschieden wir in dieser Woche einen Gesetzentwurf, der den 1. September 2018 als Stichtag für die Anwendung der neuen Testprozedur vorsieht. Alle Fahrzeuge, die ab dem 1. September 2018 erstmals zugelassen werden, müssen ihre Abgase mit der neuen Testprozedur ermitteln lassen

Neue Abgasuntersuchungen gelten ab September 2018.

Opfer des §175 rehabilitiert

In dieser Woche haben wir nachkriegsdeutsches Unrecht korrigiert: Nach dem zweiten Weltkrieg bestand die von den Nazis verschärfte Fassung des §175 StGB, der homosexuelle Handlungen unter Männern strafbar stellte, jahrzehntelang fort. Endgültig wurde der §175 StGB erst 1994 abgeschafft.

Die Rehabilitierung und die Entschädigung der Verurteilten ist ein wichtiges und spätes Signal für die Opfer der Schwulenverfolgung. Der Gesetzentwurf sieht vor, strafgerichtliche Urteile wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen, die in der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland oder der DDR ergangen sind, pauschal durch Gesetz aufzuheben. Nach Aufhebung der Urteile soll den Betroffenen ein pauschalierter Entschädigungsbetrag von 3.000 Euro und zusätzlich 1.500 Euro für jedes erlittene Jahr Haft zustehen.

Von der Rehabilitierung ausgeschlossen sind Verurteilungen wegen homosexueller Handlungen mit Kindern (Personen unter 14 Jahren) und Verurteilungen wegen Handlungen, die unter Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen und Zwangslagen oder unter Nötigung mit Gewalt oder durch Drohung begangen wurden.

Es ist außerdem gewährleistet, dass keine Aufhebung von Verurteilungen erfolgt, die nach den heute geltenden besonderen Schutzvorschriften für Schutzbefohlene, Jugendliche, Gefangene, behördlich Verwahrte sowie Kranke und Hilfsbedürftige in Einrichtungen strafbar wären.

Jubilarehrung bei der SPD-Lünen

Zusammen mit Rainer Schmelzer habe ich die Jubilare des SPD-Stadtverbandes Lünen geehrt.

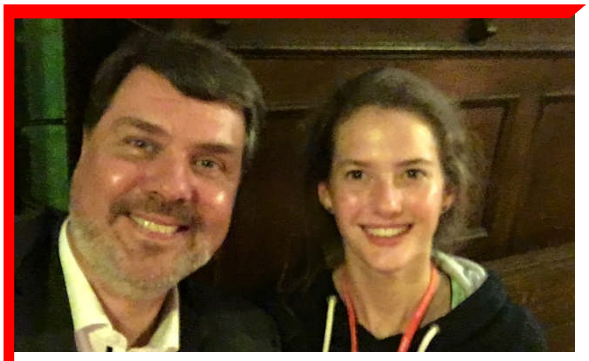
Ich habe am 22. April zusammen mit Rainer Schmeltzer die Jubilare unseres Stadtverbandes geehrt. Eine "geballte Ladung" Sozialdemokratie war ins Naturfreundehaus in Schwansbell gekommen, die auf eine Mitgliedschaft zwischen 50 und fast 70 Jahre zurückblicken können. Herzlichen Glückwunsch und vielen Dank für eure Treue zu unserer Partei.

Thews-on-Tour und der Rote Roller

Die Akkus sind wieder aufgeladen. Mein Elektroroller war zur Inspektion, denn die Leistung hat für einen Fahrt durch den Wahlkreis nicht mehr ausgereicht. Christoph Haumann, der Geschäftsführer des Autohauses Trompeter hat mir den "Roten Roller" wieder fit gemacht für Einsätze bei "Thews-on-Tour". Ich werde auch in diesem Jahr wieder viele Einrichtungen in meinem Wahlkreis besuchen, mich vor Ort informieren und mit viele Menschen in Kontakt kommen. Darauf freue ich mich schon.

www.roter-roller.de

Meine Bürgersprechstunde hat in der vergangenen Woche in der Lüner Fußgängerzone stattgefunden. Gute Gespräche bei heißem Kaffee. Den hatte ich zum Glück dabei.



Victoria Laureen Scheidle aus Lünen verbringt den heutigen Girls Day im Deutschen Bundestag und in meinem Büro. Es gibt ein informatives Programm über Berufe und Ausbildungsgänge.

Um Abfälle zu vermeiden und ein besseres Recycling zu erreichen, ist es notwendig, dass Produzenten und Unternehmen der Kreislaufwirtschaft zusammenkommen. Beim Wirtschaftsforum der SPD habe ich gemeinsam mit meinem Kollegen Carsten Träger über die Zukunft der Kreislaufwirtschaft diskutiert.

Besuch aus meinem Wahlkreis. Mitglieder des SPD-Bezirksfraktion Hamm Heesen haben mich im Bundestag besucht.

Ich verbleibe mit vielen Grüßen aus Berlin und einem herzlichen Glückauf!

Michael Thews